



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/8 - 10. Januar 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Zum Wiederzusammentritt des Bundestages	S. 1
Österreich vor neuen politischen Auseinandersetzungen	S. 3
Personalpolitik im Verteidigungsministerium	S. 5

Stürmischer Parlamentsauftakt 1956

FB. In dieser Woche - am Donnerstag und Freitag - wird der Deutsche Bundestag wieder zu zwei Sitzungen zusammentreten und damit das Parlamentsjahr 1956 eröffnen. So interessant in manchen Punkten die Tagesordnung des Plenums auch ist, so wird man doch dem vorparlamentarischen Raum mehr Beachtung schenken müssen. Das gravierende Datum ist dabei der 13. Januar 1956, denn an diesem Tage werden erneut die vier Landesminister der FDP mit dem Bundeskanzler konferieren, um die Wahlrechtsberatungen, die am 18. Januar 1956 im zuständigen Bundestagsausschuss wieder aufgenommen werden, abzuklären. Die SPD ist zwar an den Beratungen nicht beteiligt, aber sie kann nur immer und immer wiederholen, dass sie das Grabensystem mit der gleichen Schärfe wie die Freien Demokraten und die anderen kleinen Parteien bekämpft, und dass auch sie bereit ist, Folgerungen zu ziehen, wenn die CDU sich vermittels dieser Ausgeburt eines "Wahlrechts" zur alleinseligmachenden Partei im Bunde erheben will.

Darüber aber sollte das Plenum nicht vergessen werden, das eine Reihe wichtiger wirtschaftspolitischer Themen beraten muss. Einen Testfall wird gleich Punkt 1) der Donnerstags-Tagesordnung abgeben, wenn es um den sozialdemokratischen Gesetzentwurf geht, dem Bundeswirtschaftsminister eine Zollermächtigung zu geben. Der federführende Ausserhandelsausschuss hat die SPD-Vorlage abgelehnt, obwohl der Bundeswirtschaftsminister ihn für unbedingt erforderlich für die Fort-

führung seiner Konjunkturpolitik bezeichnet hat. Im Plenum wird sich zeigen, wie die Fronten verlaufen und wer tatsächlich bereit ist, ein Programm zu vertreten, das die Möglichkeit gibt, die Preise stabil zu halten.

Der Verbraucher wird mit wachem Interesse die Debatte über das Zuckersteuergesetz verfolgen. Die SPD will dabei die Zuckersteuer ganz abschaffen und den Verbraucherpreis für ein Kilogramm Zucker dadurch um 26,5 Dpf. pro Kilogramm verbilligen. Die Koalition ist offensichtlich nur bereit, einer Senkung der Zuckersteuer auf DM 10.-- je Doppelpzenter zuzustimmen, wobei völlig offen ist, wann sie einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen gedenkt. Die Koalition will also auf halbem Wege stehen bleiben, den Verbraucher nur unzulänglich entlasten und die Verwaltung überhaupt nicht verbilligen. Es wird dabei sehr wohl verfolgt werden müssen, wie sich die "Grüne Front" verhält, denn eine Streichung der Zuckersteuer wäre nicht zuletzt auch ein erhebliches Vorteil für die Landwirtschaft.

Glatt über die Bühne gehen dürfte die Senkung der Zündwarensteuer von 10 auf 1 Dpf. je 100 Stück, doch sollte nicht vergessen werden, dass die Senkung des Ladenpreises für eine Schachtel Streichhölzer von 10 auf 5 Dpf. ein Verdienst der SPD ist, denn es ist ihr Gesetzentwurf vom Juni 1954, der später zu einem interfraktionellen Antrag erhoben wurde. Im Reigen der wirtschaftspolitischen Beratungen steht auch der SPD-Antrag betr. Preise bei militärischen Aufträgen, der die Bundesregierung auffordert, gegen die mit Sicherheit zu erwartenden Ringbildungen vorzugehen. Wenn man bedenkt, wie diese Abprachen schon bei Vergabe von kommunalen Aufträgen gefährlich sind, dann kann man ermessen, welcher Krebschaden hier der Wirtschaft zugefügt werden kann.

Darüber hinaus bereiten sich in den Ausschüssen wichtige Entscheidungen vor. Der Wohnungsbauausschuss tritt in Kürze in die dritte Beratung des zweiten Wohnungsbaugesetzes ein, das dem sozialen Wohnungsbau den "Garau" machen soll und Quadratmetermieter bis zu DM 2,20 zulässt, der wirtschaftspolitische Ausschuss setzt die so wichtige Debatte über das Kartellgesetz fort, sozialpolitische Fragen drängen, das Soldatengesetz wird weiter beraten, kurzum, die ganze Problematik der Aussen- und Innenpolitik wird bereits beim Parlamentsauftakt angesprochen werden. Die SPD wird dabei ihren Auffassungen treu bleiben und alles tun, um dem kleinen Mann zu helfen.

An der Schwelle eines Wahljahres

K.F. Wien

Im Jahre 1956 wird das österreichische Parlament neu gewählt werden. Die letzten Nationalratswahlen fanden am 22. Februar 1953 statt. Die Legislaturperiode des Parlaments dauert zwar vier Jahre, doch ist man übereingekommen, die Neuwahlen bereits heuer abzuhalten, nicht zuletzt im Hinblick auf die tiefgreifenden Veränderungen, die sich durch den Abschluss des Staatsvertrages ergeben haben.

Die politischen Parteien Österreichs stehen damit gegenwärtig an der Schwelle eines Wahljahres. Die Bedeutung dieser Tatsache kommt nicht zuletzt in den verschiedenen Neujahrsbotschaften zum Ausdruck. Die Sozialistische Partei knüpft an die kommenden Wahlen grosse und - wie man objektiverweise feststellen kann - auch berechnete Hoffnung. Schliesslich hat sie seit 1945 von Wahl zu Wahl um rund 19000 Stimmen zugenommen und vor allem war sie ja bereits 1953 die an Wählerstimmen stärkste Partei des Landes. Im Vergleich zur Österreichischen Volkspartei hatte die SPÖ die allerdings knappe Mehrheit von 37.000 Stimmen, dennoch aber, infolge der Eigentümlichkeiten der Wahlarithmetik, um ein Nationalratsmandat weniger. Dieses "Zufallsmandat" hat der ÖVP zwar das Recht auf die Regierungsführung eingetragen, doch ist es keine ausreichende Basis, um darauf politische Zukunftshoffnungen aufzubauen.

Die Neujahrsbotschaft der Sozialistischen Partei trägt demgemäss stark aktive, dynamische oder, wenn man will, klassenkämpferische Züge. Nach einer Aufzählung der wichtigsten Ziele der nächsten Zeit heisst es, "die Kräfte des kapitalistischen Bürgertums und der konservativen Reaktion" hätten die Absicht, "die Sozialisten wieder zurückzuwerfen." Diesen Kräften seien "Kartellprofite und Schieberprivilegien" wichtiger als der soziale Frieden und die ruhige Entwicklung des Landes. Dann heisst es weiter: "In der ganzen Wirtschafts- und Steuerpolitik der Herrn Raab und Kamitz (d.s. der Bundeskanzler und der Finanzminister. Anm.) wird das Bestreben sichtbar, den Grossen zu geben und den Kleinen zu nehmen oder zu verweigern. Wir Sozialisten sagen den Herren: So geht das nicht! Wir sagen dem arbeitenden Volk:

Macht euch auf harte Kämpfe gefasst!" Für eine Regierungspartei ist das eine bemerkenswert deutliche Opposition, verständlich nur aus der inneren Dynamik, die einer fortschrittlichen Partei nun einmal innewohnt.

Die Österreichische Volkspartei verheisst in ihrer Neujahrsbotschaft "Freiheit und ein besseres Leben für alle!", eine Formulierung, bei der man sich zumindest geistig nicht überanstrengt hat. Es folgt eine Aufzählung von sieben "Grundsätzen", von denen sich die ÖVP im Jahre 1956 leiten lassen werde. Abschliessend ist davon die Rede, das bisher Erreichte, insbesondere die Währungsstabilität und die Wirtschaftskonjunktur, zu verteidigen, zu erhalten, zu bewahren und was sonst noch zum konservativen Sprachgebrauch für die Erhaltung des Status quo gehört. Es ist der typische Appell an die Sättigten und wird dort auch seine Wirkung nicht verfehlen.

Die Besorgnis innerhalb der ÖVP und die unverkennbare Zuversicht innerhalb der SPÖ dürften in den kommenden Wochen und Monaten die Triebkräfte des jetzt schon, wenn auch nur inoffiziell, beginnenden Wahlkampfes sein. Auf parlamentarischer Ebene wird man sich zwar noch einige Zeit zu sachlicher Arbeit zwingen, auf den Gebieten der Publizistik und der Propaganda, die naturgemäss mit legislativen und administrativen Massnahmen oftmals in engstem Zusammenhang stehen, wird man versuchen, sich für die Wahlen die notwendige Plattform zu schaffen.

Vor einigen Tagen brachte die ÖVP-Presse die Mitteilung von einer "schleichenden Krise in der Wiener SPÖ", die ihre Ursache in der Unzufriedenheit der Jugend über die Wohnungsvergebungen haben soll. Ausserdem wird angekündigt, dass ein von der SPÖ kürzlich ausgeschlossener Funktionär eine neue politische Organisation unter dem Namen "Freie Arbeiterbewegung" als Auffangorganisation für die unzufriedenen Sozialisten zu gründen beabsichtigt. Bei den Sozialisten denkt aber - ausser vielleicht einigen Querulanten, die es ja überall gibt - niemand daran, die eigene politische Kraft am Vorabend der Erreichung des grossen Ziels der parlamentarischen Mehrheit zu schwächen. Im Gegenteil: Das Auftauchen des einstigen Heimwehrführers Starhembergs

in Österreich und die schweren Auseinandersetzungen um eine Reihe wichtiger politischer und wirtschaftlicher Fragen hat vielen arbeitenden Österreichern die Bedeutung der kommenden Wahlen für das künftige Geschick dieses Landes eindringlich zu Bewusstsein gebracht.

+ + +

Die Gefahr neuer Gruppenbildungen

Die Stellung der Obersten a.D. Fett und Bergengruen

sp. Die Personalpolitik des Bundesverteidigungsministers steuert, wenn man die Zeichen richtig deutet, auf eine neue Klippe zu, die, ähnlich wie seinerzeit der Fall des Generalstabsobersten a.D. von Bonin, neue und diesmal wahrscheinlich noch viel unerquicklichere Verwicklungen verursachen muss. Der Sprecher des Blank-Ministeriums teilte in diesen Tagen mit, dass sich in der Position und in der Art der Tätigkeit der beiden im Ministerium beschäftigten Generalstabsobersten a.D. Fett und Bergengruen nichts geändert habe. Die Namen dieser beiden ehemaligen Berufsoffiziere sind einer weiten Öffentlichkeit durch das Veto bekannt geworden, das der Personalgutachterausschuss gegen ihre Reaktivierung eingelegt hatte. Da sowohl Fett als auch Bergengruen zu den engsten Mitarbeitern Blanks noch aus der Aufbauzeit der Dienststelle Blank gehören, hatte das Votum des Ausschusses grösste Aufmerksamkeit gefunden und eine regelrechte Krise für den Ausschuss selbst, aber auch für Blank und sein Haus heraufbeschworen. Inzwischen hat sich die Aufregung wieder weitgehend gelegt und auch der Kanzler und seine CDU dürften inzwischen darauf verzichtet haben, ihren Kampf gegen den Personalgutachterausschuss fortzuführen.

Damit ist aber die Affäre um Fett und Bergengruen noch nicht zu Ende. Die Erklärung des Blank-Sprechers lässt die Folgerung zu, dass der Minister vielleicht noch einmal den Versuch unternehmen möchte, die beiden Ex-Obersten dem Personalgutachterausschuss zum zweiten Durchgang zu präsentieren. Wäre dem so, dann wäre der Minister auf jeden Fall sehr schlecht beraten. Verzichtet Blank aber auf diesen Versuch, dann bliebe die Möglichkeit, Fett und Bergengruen als Zivilbeamte in seinem Hause weiter zu beschäftigen. Aber auch diese Lösung - 6 -

dürfte alles andere als glücklich sein, denn die Position der beiden Ex-Berufsoffiziere innerhalb des Ministeriums und bei ihren inzwischen reaktivierten Kollegen muss einfach zu menschlich unerfreulichen Reaktionen führen. Solche Ressentiments, die sich bei Fett und Bergengruen und anderen Blank-Kitarbeitern angesammelt haben und noch ansammeln werden, müssen zwangsläufig zur Gruppenbildung führen, noch weitere Gruppen kann dieses sowieso schon voller Cliquen steckende Ministerium aber keinesfalls, ohne neuen Schaden zu nehmen, verkraften.

Bundesverteidigungsminister Blank sollte, wenn er diesen ganz deutlich und entschieden auf ihn und sein Haus zukommenden Gefahren begegnen will, rasch eine klare Entscheidung fällen. Er könnte etwa den beiden Ex-Obersten Fett und Bergengruen die Möglichkeit geben, sich ausserhalb des Ministeriums, vielleicht in der freien Wirtschaft, eine Position zu sichern, die ihren gewiss grossen Fähigkeiten entspricht. Eine solche saubere Lösung würde klare Verhältnisse schaffen. Und sie würde vor allem verhindern, dass an sich reparable Personalfragen dieser oder anderer Art zu Haupt- und Staatsaktionen aufgebraucht werden und so in ungehörlicher Weise die Arbeit eines Ministeriums beeinträchtigen könnten, das allen Anlass hat, sich Vertrauen zu erwerben und sich dieses Vertrauens würdig zu erweisen.

+ + +

Strapazen gemeinsam - Erholung getrennt

-ler. Noch ehe die westdeutsche Bundeswehr auf den Beinen steht, ist in sie die Zwietracht hineingetragen worden. Mit den ersten Soldaten zog in Andernach auch der Geist des gemeinschaftszersetzenden Konfessionalismus ein. Die Soldaten tragen zwar eine gemeinsame Uniform und gemeinsam auch die Strapazen - aber auch sich gemeinsam erholen? Das war für einige Geister schon zuviel des Gemeinsamen. Also wurden für Soldaten katholischer und evangelischer Konfession je verschiedene Erholungsheime geschaffen, ein wahrhaft bezeichnendes Abbild unserer bundesrepublikanischen Wirklichkeit. Alle bedauern dies - die Protestanten, die Katholiken und das Bundesverteidigungsministerium, aber keine Seite war in der Lage, den Ungeist des Konfessionalismus fernzuhalten.

Die westdeutsche Bundesarmee ist das Produkt der deutschen Spaltung. Soll sie nun auch noch vom Stigma konfessioneller Spaltung gezeichnet werden? Das hiesse von Beginn an ihre innere Kraft und Geschlossenheit zerstören. Sicherlich war dies nicht die Absicht jener Unduldsamen, aber in der Wirkung haben sie dem viel zitierten Ideal vom Staatsbürger in Uniform einen Schlag versetzt, der den Wehrpfeiler in der Bundesrepublik noch manche Kopfschmerzen bereiten wird.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau